

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Völkme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshl, Rierspe, Rierspe-Vhf., Bollwerk, Völkme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Dhl, Kupferberg, Radewornwald, Breckerfeld u. s. w.

Druck und Verlag: Wihl. Bell jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 71	Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage. Bezugspreis: Vierteljährlich durch die Post Rt. 27.— monatlich Rt. 9.—	Halver Freitag, den 24. März 1922	Anzeigenpreis für 1 mm Höhe und 45 mm Breite 40 Bz., auswärts 50 Bz., im Reklameteil 1 mm hoch 90 mm breit 2.00 Rt.	22. Jahrgang
--------	---	--------------------------------------	---	--------------

Kleine Zeitung für alle Leser.

- * Die Reparationskommission hat die deutschen Zahlungen für 1922 festgesetzt und verlangt Zusatzsteuern im Betrage von 60 Milliarden Papiermark.
- * Der Reichsverkehrsminister Groener stellte im Hauptantrag des Reichstages eine günstige Entwicklung der Reichseisenbahnen fest.
- * Der Gesamtschaden, den die drei polnischen Aufstände im ober-schlesischen Industriegebiet hervorgerufen haben, wird auf 3 Milliarden Mark beziffert.
- * Der gemeinsame schlesische Provinziallandtag protestiert energisch gegen das an Oberschlesien begangene Unrecht.
- * Gegen den chinesischen Gesandten in Paris ist ein Attentat verübt worden, wobei der Gesandte verwundet wurde.

Eine Kampfanzeige.

Von einem gelegentlichen auf mittlerer politischer Linie stehenden Mitarbeiter wird uns aus Berlin geschrieben:
Nach dem langmütigsten, dem vorzüglichsten, dem mitbesten Minister kann, was den Umgang mit den Kommunisten von heute betrifft, nachgerade die Gebildung ansetzen. Für sie gilt, hinsichtlich ihres Verhaltens in den Parlamenten, längst der Grundsatz, den vor Jahren und Jahrzehnten der inzwischen verstorbene Abgeordnete Stadthagen, damals einer der bestkühnsten unter den Sozialdemokraten, seinen Genossen einzurichten suchte: „Ruppig müßt ihr auftreten, so ruppig wie möglich!“ Je mehr auf diese Weise Värm gemacht, die Bourgeoisie in ihren normalen Anstandsbeziehungen verletzt werde, desto besser für uns, meinte der damalige Reichstagsvertreter von Rieberbarnim. Er selbst handelte nach diesem Rezept, trotz vielfacher Anfeindungen, die er sich dadurch aus dem eigenen Lager zuzog.

Heute freilich würde man Stadthagens Nebelkünde und Umgangformen als überaus zahme „Kampfmittel“ empfinden. Wir sind inzwischen an ganz andere Dinge gewöhnt worden, innerhalb wie außerhalb der Parlamente, und keine Verschärfung der Haus- und Geschäftsordnungen hat die Herren von der äußersten Linken bisher zu bessern vermocht. Jetzt endlich ist der sozialdemokratische Minister des Innern in Preußen, Herr Severing, auf den Plan getreten, mit der Ankündigung, man müsse mit den kommunistischen Gruppierungen, nachdem tatsächlich kommunistische Fundamente hier in Berlin gefunden worden seien. Wenn dieser Mann, der sich der Bedeutung dessen, was er sagt, sehr genau bewußt zu sein pflegt, so spricht, so muß ihm doch wohl schon das Feuer auf den Kägeln brennen. Wenn es sich lediglich um Ordnungsgestaltungen im gewöhnlichen Polizeisinne des Wortes handelte, würde Herr Severing schwerlich so viel Aufhebens von der Sache machen. Aber diesmal sieht er sich doch zu einer sehr ersten Auffassung der Sachlage genötigt. Die Entdeckung einer eigenen Fundamentanlage der kommunistischen Parteiliste muß ihm Beweis dafür sein, daß diesen Leuten jedes Mittel recht ist im Kampf gegen den Staat, dem sie angehören, im Kampf um die Herbeiführung der Weltrevolution, die ihnen von Moskau aus zur obersten Parteipflicht gemacht worden ist. Befehle von Moskau werden von diesen deutschen Kommunisten widerstandslos ausgeführt — und wer nicht pariert, der fliegt. Befehle ihrer eigenen Regierung dagegen, mitunter den Staatsgesetzen, auf denen sie beruhen, werden sabotiert, und wer ihnen gegenüber von Staatsgeheimnissen reden wollte, dessen Zurechnungsfähigkeit würde ernsthaft bezweifelt werden.

Wie sie ihre sozialistischen Bruderverbände befehlen, um sie in dem parteipolitischen Konkurrenzkampf zu überlisten und zu überbieten, so suchen sie auch in die Amtsgeheimnisse der Behörden einzudringen, um den Staat mit seinen eigenen Waffen zu bekämpfen. Vor Monaten ist bekannt geworden, daß innerhalb der kommunistischen Organisation eine besondere „Fraktion Post und Telegraphie“ eingerichtet ist, die sich in der Hauptsache auf Reichs- und Staatsbeamte zu stützen sucht. Listen wurden aufgestellt von Post- und Telegraphenbeamten, deren kommunistische Zuverlässigkeit verbürgt schien, und der Ausbau dieser Organisation über das ganze Reich hin mit allem Eifer betrieben. Jetzt wird erzählt, daß vierzig bis fünfzig Postangestellte durch die beschlagnahmten Papiere kompromittiert seien, und daß das aufgefundenen Beweismaterial geeignet sei, den Vorwurf des Hochverrats gegen die Partei zu begründen. Ob dieser Vorwurf auch einer genaueren Nachprüfung standhalten wird, muß gerechtfertigt abgewartet werden. Aber die Tatsache, daß ein Mann wie Severing sich entschlossen zeigt, mit den Kommunisten „Fraktion zu reden“, fällt zu deren Ungunsten unzweifelhaft stark ins Gewicht.

Einschneidend reden sie von „Einbrüchen der Polizei“ im kommunistischen Hauptquartier und stellen die aufgefundenen Fundamente als einen harmlosen kleinen Vergnügungsapparat hin. Nur Ausreden und Vorwände seien es, mit denen die Regierung ihre Aktion zu decken suche. In Wirklichkeit komme es ihr nur darauf an, der kommunistischen Partei sozusagen aus Gründen politischer Konkurrenz einen gehörigen Schabernack zu spielen. Möglich, daß politischer Überdruß bei der ganzen Sache mit im Spiele ist; aber nach seiner Anschauung wird wohl noch genug übrig bleiben, daß Herr Severing keinen Rückzug antreten braucht.

Ob er aber die Energie, zu der er im Augenblick entschlossen ist, auch wirklich zur Tat werden lassen kann, wird schließlich noch von anderen Faktoren abhängen, als denjenigen, von denen solche Entscheidungen in früheren Zeiten zu bestimmen waren.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Gegen den Abbau der Getreidebewirtschaftung.

Vertreter der oldenburgischen Landwirtschaft und der Verbraucher hatten sich zu einer gemeinsamen Beratung über die künftige Ernährungswirtschaft zusammengefunden. Die Aussprache, die unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Tauten stattfand, ergab als Resultat die einstimmige Ansicht, daß ein weiterer Abbau des Getreideumlageverfahrens zurzeit nicht angebracht sei. Auch die gegenwärtige Lage in der Kartoffelversorgung erfuhr allseitig scharfe Verurteilung. Die Vertreter der Städte forderten auch für die Kartoffeln in Zukunft das Umlageverfahren. Die Vertreter der Landwirtschaft sprachen sich dagegen aus, erkannten aber an, daß es wie bisher nicht weitergehen könne.

Die preussische Landgemeinde- und Städteordnung.

Im Hauptausschuß des Preussischen Landtages erklärte der Minister des Innern Severing, die Technische Hochschule sei eine Einrichtung des Reiches. Es sei unter Umständen erwägenswert, sie zu einer Einrichtung der Länder zu machen. Man könne sie dann vielleicht der Polizei angliedern, ohne deren Schutz sie ja doch nicht arbeiten könne. Zur Verwaltungsreform erklärte der Minister, daß der Entwurf der Städte- und Gemeindeordnung demnächst mit einer eingehenden Begründung veröffentlicht werden solle. Auch er sei der Ansicht, daß die Finanzfragen der Gemeinden eine baldige Klärung erfahren müssen. Der Minister hob hervor, er fühle sich nicht als Parteiminister, sondern als Staatsminister. Die persönliche Verwaltungsreform könne erst in Angriff genommen werden, nachdem die Verwaltungsgesetze verabschiedet seien. Der Nachbarnabend folge auch bei den Behörden voll durchgeführt werden; er warne aber vor Mechanisierung.

Wiedfeld geht nach Washington.

Das Einverständnis der amerikanischen Regierung zur Ernennung Geheimrat Dr. Wiedfelds zum deutschen Botschafter in Washington ist in Berlin eingetroffen. Wiedfeld, der jetzt im fünfzigsten Lebensjahre steht, hat seine Laufbahn als Leiter mehrerer statistischer Ämter begonnen. 1904 trat er zum ersten Male in den Reichsdienst als Vortragender Rat im Reichsamt des Innern. In das Direktorium der Kruppwerke trat er erst nach dem Krieg ein, in der Zeit der Umstellung des Betriebes auf Friedensproduktionen. Mehrfach war er als wirtschaftlicher Sachverständiger bei besonderen Verhandlungen der Reichsregierung tätig.

Schwere Gefahren für die deutsche Presse.

Der Gesamtvorstand des Verbandes der rheinisch-westfälischen Presse hat sich in Dortmund mit der Not der Zeitungen beschäftigt. In einer Entschließung heißt es u. a.: „Es steht zu befürchten, daß unläutere Einflüsse die Notlage benutzen, um sich Eingang in die Zeitungen zu verschaffen und unseren uneigennütigen Dienst am Gemeinwohl zu ihren Zwecken zu missbrauchen. Insbesondere wird im besetzten Gebiet die Presse kein Instrument mehr haben, den fremden Machtmitteln erfolgreich zu begegnen.“

Ein weißer Kabe.

Von Köln aus unternehmen gegenwärtig 25 Mitglieder der belgischen sozialistischen Parteiliste eine Studienreise durch das westdeutsche Industriegebiet. Die sozialdemokratische Partei Kölns veranstaltete aus diesem Anlaß eine Rundgebung für die Internationale, bei der der Führer der belgischen Sozialdemokratie Henry de Man in seinen in fließendem Deutsch gehaltenen Ausführungen zum Schluß die Forderung nach der Änderung des Versailler Vertrages und der sofortigen Aufhebung der Besetzung des Rheinlandes aufstellte. Leider verhielten diese so selten gehörten Stimmen der Vernunft aus den Entente-Ländern meist ungehört dort, wo sie ihre Wirkung tun sollten.

Freistaat Danzig.

Das Wirtschaftsabkommen mit Polen. Die Danzig-polnischen Wirtschaftsverhandlungen wurden nunmehr abgeschlossen. Im einzelnen ist eine Einigung erzielt worden, betreffend die Aufhebung der Wirtschaftsgrenze zwischen der Freien Stadt Danzig und der Republik Polen. Aus technischen Gründen ist die Aufhebung dieser Grenze jedoch vor dem 1. April 1922 unmöglich. In der Übergangszeit haben sich beide Parteien die größtmöglichen Erleichterungen im gegenseitigen Warenverkehr zu gestanden.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Der Hauptausschuß des Reichstages beschloß, Mittel für die Sozialisierungskommission in den Etat nicht mehr einzustellen, da der Reichswirtschaftsrat an ihre Stelle treten würde.

Berlin. Im Reichstage ist eine sozialdemokratische Anfrage eingegangen, die von der Regierung Auskunft verlangt, ob sie bereit ist, das preussische Abfallerzeugungsgesetz auch auf die Reichsbeamten auszuweiten, nachdem das Reichsgericht das preussische Gesetz als zu Recht bestehend anerkannt habe.

Berlin. Die bulgarische Gesandtschaft in Berlin teilt mit, daß die Nachricht eines amerikanischen Blattes von einem Sturz der Regierung in Sofia glatt erfunken ist.

Braunschw. Der aus der Partei der Unabhängigen ausgeschlossene frühere braunschweigische Ministerpräsident Sepp Orier erklärt, daß er sein Landtagsmandat nicht niederlegen werde.

Corl (Island). Bewaffnete Männer haben mehrere hervorragende Bürger, die Anhänger der provisorischen Regierung sind, gefangen genommen und nach einem unbekannten Ort weggeführt.

Deutscher Reichstag.

(192. Sitzung.) CB. Berlin, 22. März.

Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung stand an erster Stelle eine Interpretation der Deutschnationalen, die sich gegen die Zuteilung der fünf Reichsfeldherren an Polen wendet. Die Regierung erklärte sich zur Verantwortung in der geschäftsordnungsmäßigen Frist bereit. Darauf folgte die zweite Beratung des Gesetzentwurfs über die Vereinigung von Pommern mit Preußen.

Der Ausschuß hat der Vorlage zugestimmt und in einer Entschließung die vollständige Einverleibung des Landes Waldeck in Preußen in den verfassungsmäßigen Formen angeregt.

Hg. Koenen (Komm.) empfahl eine Entschließung, die auch die Selbständigkeit der beiden Lippe und anderer kleinen Bundesstaaten aufheben will und die sich für den deutschen Einheitsstaat ausspricht. Die kommunistische Entschließung wurde abgelehnt, dagegen wurde die Vorlage mit der Ausschußentschließung angenommen, und zwar in zweiter und dritter Lesung. Abschluß kam man zur zweiten Beratung des Kapitalverkehrssteuergesetzes.

Dieses Gesetz vereinigt in sich die Gesellschaftsteuer, die Wertpapiersteuer, die Börsenumsatzsteuer, die Aufsichtsratssteuer und die Gewerbeschaffungssteuer. Die Vorlage soll alles das ersetzen, was durch die übrigen Gesetzentwürfe noch nicht ersetzt ist. Durch die Gesellschaftsteuer soll der Reichsteuereinkommen von 5 auf 7½ Prozent erhöht werden. Der Satz ermäßigt sich bei Gesellschaften mit beschränkter Haftung mit einem Stammkapital bis zu 100 000 Mark auf 3 Prozent. Die Wertpapiersteuer setzt für Obligationen einen Steuersatz von 4 Prozent fest, für inländische Schuld- und Rentenverschreibungen 2 Prozent, für ausländische 2 Prozent, für die übrigen Wertpapiere 7½ Prozent. Die Börsenumsatzsteuer will die Privatgeschäfte an der Börse besonders befeuern. Die Aufsichtsratssteuer beträgt 20 Prozent der Aufsichtsratsentnahmen. Diesen Vorlagen hat der Ausschuß zugestimmt, dagegen beantragte er die Abhebung der Gewerbeschaffungssteuer. Von kommunistischer und unabhängiger Seite wurde eine Verschärfung der Steuerföge gefordert. Diese Anträge wurden abgelehnt, und die Vorlage wurde nach dem Ausschlußantrag angenommen. Nunmehr folgte die zweite Beratung der Novelle zum Umsatzsteuergesetz.

Die Regierungsvorlage wollte neben anderen Verschärfungen den Steuersatz von 1½ Prozent auf 2½ Prozent erhöhen. Der Ausschuß beantragte eine Erhöhung auf 2 Prozent. Unter den Zweigen des Umsatzes, für die eine Erhöhung der Steuer eintritt, sind auch die Zeitungen anzugeben aufgeführt. Die Inkretsteuer soll sich nach der Höhe der Inkreteneinnahme stellen.

Die Hotelsteuer für die Gewährung eingerichteter Wohn- und Schlafräume in Gasthöfen, Pensionen und Privathäusern zu vorübergehendem Aufenthalt erhöht sich auf 10 Prozent, wenn das Entgelt für den Tag oder die Übernachtung 40 Mark oder mehr beträgt.

Die Zugsteuer.

Bei der Zugsteuer hat der Ausschuß beschlossen, daß die Bestimmungen neu gefaßt werden sollen. Falls die neue Fassung nicht bis zum 1. Oktober d. J. dem Reichstage vorgelegt wird, soll die Vorschrift über die Zugsteuer außer Kraft treten.

Hg. Brodau (Demokrat) forderte die Beilegung der Handelsverträge von der Umsatzsteuer.

Hg. Hammer (Deutschnat.) bemerkte, die Umsatzsteuer in ihrer rohen Weimarer Form kann nicht länger als ein über zwei Jahre bestehendes Übel. Sie führt zu Betriebszusammenlegungen. Das Schlimmste ist die Zugsteuer. Das Gesetz selbst darf erst am 1. April in Kraft treten, nicht schon am 1. Januar, wie die Regierung es will, sonst sind die Verluste der Kaufleute, die sich nicht auf die Erhöhung hatten einstellen können, unerträglich.

Hg. Breitscheid (U.-Soz.) erklärte, die Umsatzsteuer ist die rohste aller Steuerarten. Sie nimmt keine Rücksicht auf die Notwendigkeit des Bedürfnisses, das durch den Kauf befriedigt wird. Das haben sogar die Mehrheitssozialisten und die Deutschnationalen stets anerkannt. Trotzdem treten heute beide Parteien wieder für diese Umsatzsteuer ein. Die Deutschnationalen werden auch die Erfüllungspolitik unterstützen, sobald die Lasten dieser Politik vom Proletariat getragen werden. Hier rief der Hg. Helfferich (Deutschnat.): „Beweis dafür“, worauf der Redner erwiderte: „Der Beweis ist die Annahme der Umsatzsteuer durch Sie!“ Der Hg. Helfferich machte nunmehr den Vorwurf: „Sagen Sie das doch Ihren Kollegen von der Mehrheitssozialdemokratie!“ In seinen weiteren Ausführungen machte der Redner geltend, daß durch die Umsatzsteuer mit schwerster Last die letzten Verbraucher, also die breiten Massen, getroffen würden.

Hg. Garlsfeld (Soz.) erklärte, auch wir können uns mit der Umsatzsteuer nicht befremden, wir handeln aber unter dem Zwange der Erfüllungspolitik, zu der wir uns nun einmal bekannt haben. Als der Redner weiter bemerkte, daß wir in einer Zeit der Warenknappheit lebten, entstand Widerspruch und Lärm bei den Kommunisten. Seit Monaten, betonte der Redner, sind die interparteilichen Kreise von der bevorstehenden Erhöhung der Steuer unterrichtet, und die Steuer wird schon seit einigen Monaten von den Verbrauchern bezahlt. An der Warenknappheit sind Sie (zu den Kommunisten gewandt) zum Teil auch schuld. (Gelächter bei den Kommunisten.)

Hierauf kam es zu einer erregten Geschäftsordnungsdebatte. Die Linke hatte beantragt, über einen Paragraphen des Umsatzsteuergesetzes namentlich abzustimmen, diese Abstimmung aber erst morgen vorzunehmen. Von deutschnationaler Seite wurde dagegen beantragt, diese Abstimmung schon heute vorzunehmen, und die Mehrheit entschied sich in diesem Sinne.

Hg. Frau Wachtel (Komm.) sprach ebenfalls gegen die Umsatzsteuer.

60 Milliarden neue Steuern.

Die Entscheidung der Reparationskommission. — Die Ratenzahlungen für 1922. — 40 Milliarden Zusatzeinnahmen bis Jahreschluss verlangt. — Einschneidende Kontrollmaßnahmen. — Gefahr einer deutschen Regierungskrise.

Als die Konferenz von Cannes mit dem mageren Ergebnis einiger Vorschläge, jedoch ohne Beschluß über die deutschen Reparationszahlungen auseinanderging, blieb es der Reparationskommission in Paris überlassen, diese

anterte Strommission in Oppeln bei ihrem Plan der Arbeit vor. In Genf hat Präsident Calonder seine Vermittlungsfunktion zwischen den deutschen und polnischen Bevollmächtigten begonnen. Dabei gelang es, in der Frage des Verkehrs über Kreuzburg eine Einigung zu erzielen. Wenn in den übrigen Fragen keine Verständigung erzielt wird, erfolgt ein Schiedsgerichtspruch.

Sofales und Provinzielles.

Halver, den 24. März 1922

□ Maria Verkündigung (25. März). Wenige Feste der katholischen Kirche sind auch in protestantischen Kreisen so bekannt wie dieses uralte, schon im fünften Jahrhundert gefeierte Fest. In Italien begann man mit diesem Tage das kirchliche Jahr, und auch im westlichen Deutschland hat man es früher an den Anfang des Kirchenjahres gesetzt. Man feiert ja am 25. März nicht nur den Tag der Verkündigung der Geburt Christi, sondern auch seinen Todestag. Noch heute wird dieses Marienfest in verschiedenen Gegenden, z. B. in Sachsen, recht lebhaft gefeiert; man veranstaltet gewöhnlich Gesangsaufführungen und Umzüge. Nicht zahlreich sind die vollständigen Wetterregeln, die sich auf den 25. März beziehen. In Mecklenburg heißt es: „Blögg-Marien zieht der Pflug zu Felde.“ Es wird die erste Ackerfurche gezogen, die Arbeit bei Licht hört von nun an auf. In den Gebirgsgegenden wird das Vieh auf seine Sommerplätze hinaufgeführt. In England und Skandinavien ist das Fest Maria Verkündigung unter dem Namen „Anserer Frauen Tag“ bekannt.

— * Wahlen zur Handwerkskammer. Wie wir erfahren, sind aus dem Wahlbezirk 5 zur Handwerkskammer Dortmund bei der im vorigen Monat stattgefundenen Kammerwahl als Mitglieder der Vollversammlung der Handwerkskammer gewählt worden, das bisherige Kammermitglied Bezirkschornsteinsegermeister Steinkühler, Vorsitzender des Handwerks- und Gewerbeamtes, Schneidermeister Tamasche, Obermeister der Schneider-Zwangsinnung Hagen, Malermeister Pantof, Obermeister der Maler-Zwangsinnung Hagen, Damenfrisurmeister Schnitker, stellvertretender Vorsitzender des Handwerks- und Gewerbeamtes, Metzgermeister Piepenstock, Obermeister der Metzger-Innung Halpe, Zimmermeister Reichardt, Obermeister der Zimmerer-Zwangsinnung Hagen-Schwelm.

— * Besteuerung der Einkommen unter 24 000 Mk. für das Kalenderjahr 1921. Der öffentlichen Aufforderung zur Abgabe von Steuererklärungen in der Frist vom 15. Februar bis zum 15. März 1922 zu folgen waren nur Personen verpflichtet, die im Kalenderjahr 1921 ein Einkommen von 24 000 Mk. aufwärts hatten. Steuerpflichtige mit niedrigerem Einkommen haben diese Verpflichtung nur, wenn sie eine besondere Aufforderung des Finanzamtes erhalten. Diese besonderen Aufforderungen werden in aller nächster Zeit zugestellt werden. Daneben war jedermann während obiger Frist berechtigt, freiwillig eine Erklärung abzugeben; soweit er nicht als Lohn- oder Gehaltsempfänger mit seinem Einkommen dem Steuerabzug unterworfen war. Nach der Novelle zum Einkommensteuergesetz vom 11. 7. 1921 gilt bei einem Arbeitseinkommen bis zu 24 000 Mk. die auf dieses Einkommen entfallende Steuer durch den richtig erfolgten Lohnabzug als abgegolten, d. h. das Finanzamt hat weder das Recht noch die Pflicht, in diesen Fällen eine Veranlagung vorzunehmen. Von diesem Grundsatz gelten folgende Ausnahmen (§ 49 Eink. St. G.): 1. Der Lohnabzug sieht für die sogenannten Werbungskosten des Kalenderjahres 1921 einen Pauschbetrag von 1800 Mk. vor. Können solche Werbungskosten in größerer Höhe nachgewiesen werden, kann Veranlagung beantragt werden. Damit der ohnehin überlastete Verwaltungsapparat nicht wegen Lappalien in Bewegung gesetzt wird, müssen die Werbungskosten 2700 Mk. betragen haben. Und auch dann besteht ein Recht auf Veranlagung nur, wenn der überhöbete Steuerbetrag mehr als 15.— Mk. beträgt. Die irreführenden Hinweise, die in letzter Zeit durch die Presse gingen, und die Arbeitnehmer allgemein zur Abgabe von Erklärungen aufforderten, wenn ein Betrag von mehr als 15.— Mk. überhöben sei, sind unzutreffend. Voraussetzung ist, wie oben ausgeführt, daß Werbungskosten von mehr als 2700 Mk. nachgewiesen werden können, und daß der dadurch überhöbete Betrag 15 Mk. übersteigt. 2. Die weiteren Fälle, in denen Veranlagung beantragt werden kann, betreffen das Vorhandensein einer besonderen wirtschaftlichen Notlage gem. § 26, Abs. 4 Eink. St. G., dann die Kleinrentner, die gleichzeitig Pensionäre sind, sowie die Steuerpflichtigen, bei denen im Steuerabzug die Ermäßigungen für die Ehefrau, die Kinder und mittellose Angehörige nicht zureichend berücksichtigt worden sind. Derartige Anträge auf Veranlagung waren unter Abgabe einer Steuererklärung bis zum 15. 3. 1922 zu stellen. Soweit dies nicht geschehen, wird empfohlen, das Veräumnis umgehend nachzuholen. Es wird aber nochmals darauf hingewiesen, daß das Finanzamt nur in den oben genannten Fällen in der Lage ist, eine Veranlagung vorzunehmen.

+ Halver, 23. März. Infolge der Entgleisung eines Güterzuges auf der Strecke Oberbrügge-Brügge mußte heute der 3 Uhr nachmittags nach Brügge verkehrende Personenzug ausfallen.

— Brügge, 23. März. Heute vormittag gegen 9½ Uhr entgleiste auf der Strecke Oberbrügge-Brügge ein Güterzug. Die Entgleisung ist durch Rutschen der Steinpackung und nachgeben der Schwellen entstanden. Die schwere Lokomotive ist umgeschlagen und sperrt das Gleis. Der hinter der Lokomotive laufende Packwagen liegt quer über den Schienen und droht in die Höhe zu stürzen. Ein Stückgutwagen liegt neben der Böschung auf der Weide. Die beiden nachfolgenden Waggonen mit Schrott und Steinschrott beladen liegen fast vollständig zertrümmert auf den Gleisanlagen. Schwer verletzt wurde der Heizer, der gemeinsam mit dem Lokomotivführer fast ganz in Kohlen vergraben, hervorgeholt. Der Lokomotivführer sowie Zugführer sind leicht verletzt. Der Heizer wurde wegen der schweren Verletzung ins Lüdenscheidt Krankenhaus transportiert. Die Ausräumungsarbeiten dürften längere Zeit in Anspruch nehmen. Der Zugverkehr wird durch Umsteigen aufrecht erhalten. Der Sachschaden ist nicht unerheblich.

+ Brügge, 23. März. Im März vorigen Jahres wurde dem Steinbruchbesitzer in Lösenbach ein 10 PS-Motor im Werte von etwa 25 000 Mk. gestohlen. Obwohl man die Täter dingfest machen konnte, blieb doch über den Verbleib des Motors, der inzwischen abgesetzt war, ein Schleier. Es scheint nun, als ob dem unrechtmäßigen Besitzer, der Boden heiß geworden ist, denn als am vergangenen Sonnabend ein Arbeiter des Bahnbau-Mintendeb im Walde bei Mintendeb spazieren ging — fand er diesen Motor, dessen Wert ja durch die Entwertung des Geldes erheblich gestiegen ist, unter Spreu frisch verscharrt. Hoffentlich wird der ehrliche Finder den wirklich treu verdienten Finderlohn erhalten. Der Motor wurde beschlagnahmt und wird nun wohl wieder den Weg zum Steinbruch in der Lösenbach angetreten müssen.

* Brügge, 23. März. Am letzten Freitag feierten die Eheleute Hollweg in Winkhausen im Kreise ihrer Kinder das Fest der goldenen Hochzeit. Vom Pfarrer wurde ihnen auch seitens des Presbyteriums und der ganzen Gemeinde herzliche Glück- und Segenswünsche ausgesprochen.

* Schafsmühle, 23. März. Die Arbeiten auf der Helbengruft sind begonnen, die Gräber werden demnächst neu aufgearbeitet, viel niedriger als sie jetzt sind, in Form von flachen Beeten. Wir möchten die Angehörigen bitten, die jetzige Pflanzung, Blumenstöcke, Eisen und Immergrün usw. von den Gräbern selbst zu entfernen, damit nichts beschädigt wird, und zwar in den nächsten Tagen. Nach Fertigstellung der ganzen Anlage können die Pflanzen zum Teil wieder benutzt werden. Es wird immerhin 5 Wochen dauern, bis die Anlage fertig ist, vor Ostern leider nicht mehr.

Hagen, 23. März. In Schwerte wurde in der Nähe des Freischütz ein Fuhrwerk von drei Begelagerern überfallen, die nach Entwendung von Litoren und Fleischwaren im Walde verschwanden.

Hagen, 23. März. Schwurgericht. Für die am kommenden Montag beginnende Schwurgerichtstagung sind bisher die folgenden Strafsachen zur Verhandlung angelegt worden: 1. Montag, 27. März, gegen den Bandwörter Wilh. Müller in Langerfeld, in Haft, wegen Raubes. 2. Dienstag, 28. März, gegen Frau Auguste Birgmann in Herlohn, wegen Lohnabtreibung. 3. Mittwoch, 29. März, gegen den Kaufmann Anton Böger in Menden, wegen Körperverletzung mit Todeserfolg. 4. Freitag, 31. März, gegen den Landwirt Hugo Schmidt in Rothenbruch, in Haft, wegen Totschlags. 5. Samstag, 1. April, gegen 1. den Eisenbahnassistenten Waldemar Düllmann aus Vorhalle, 2. den Eisenbahngehilfen Paul Düllmann aus Vorhalle und 3. den Kraftwagenführer Friedrich Thielker in Boerde, alle in Haft, wegen Unterschlagung, Urkundenfälschung usw. 6. Montag, 3. und Dienstag, 4. April, gegen 1. den Schmelter Brenke in Halpe, 2. den Schlosser Wilhelm Rülpmann in Halpe und 3. den Schmied Paul Müller in Halpe, wegen Landfriedensbruchs. 7. Mittwoch, 5. April, gegen den Kutscher Gerhard Schreider in Langerfeld, in Haft, wegen Landfriedensbruchs. 8. Donnerstag, 6. April, gegen den Bautechniker Paul Wegel in Hemer, wegen Kontratsvergehens. Freitag, 7. und Samstag, 8. April, gegen den Arbeiter von Niedzweski in Dortmund, in Haft wegen Mordes.

Bormen, 23. März. Die Betriebsrätezentrale der Freien Gewerkschaften des Wuppertales richtete an das Reichsschatz-, Finanz- und an das Arbeitsministerium die Aufforderung, sich der Notlage der Wuppertaler Presse und der Papier verarbeitenden Betriebe schnellstens und gründlich anzunehmen, um einen weiteren Rückgang dieser Betriebe zu unterbinden. Als erste Voraussetzung hierfür wurde die Prüfung der Frage bezeichnet, ob Papier und seine Rohstoffe als lebenswichtige Bedarfsgegenstände anzusehen sind, und ferner gefordert, daß dem Parlament unverzüglich Notgesetze vorzulegen sind, durch die allen übermäßigen Gewinnen und Preiserhöhungen in der Papierindustrie entgegengetreten wird. Die Ausfuhr von Rohstoffen und Fabrikaten der Papierindustrie sei erst dann wieder zuzulassen, wenn der Inlandsbedarf gedeckt sei. Eine weitere Erhöhung der Posttarife für das Zeitungsgewerbe dürfe nicht mehr eintreten.

Barmen, 23. März. In der vergangenen Nacht wurde der Hausierer Bergmann aus Langerfeld bei dem Versuch, in ein Fabrikgebäude einzudringen, von dem Wächter erschossen.

Köln, 21. März. In dem Personenzug, der kurz nach 7 Uhr, von Wiesdorf kommend Köln passierte, wurde laut Meldung ein in einem Abteil 2. Klasse allein fahrender Reisender überfallen. Der Räuber erbeutete etwa 700 Mark. Als der Überfallene die Notbremse ziehen wollte, sprang der Räuber aus dem fahrenden Zug und entkam in der Richtung nach Köln-Mülheim.

Hauptversammlung des landwirtschaftl. Kreisvereins.

Lüdenscheid, 23. März 1922.

Am Samstag nachmittag fand in der Erholung hier selbst eine außerordentliche Hauptversammlung des landwirtschaftlichen Kreisvereins Altens statt. Der Vorsitzende Adolf Enneper zu Englsfeld b. Halver eröffnete sie gegen 2½ Uhr und begrüßte die Erschienenen und insbesondere den Ehrenvorsitzenden, Geheimen Regierungsrat, Landrat Dr. Thomée und den für die Versammlung gewonnenen Redner, Zuchtinspektor Dr. Brüggemann-Amsberg, dem er nach einigen weiteren einleitenden Worten das Wort zu seinem Vortrag über das Thema! „Mittel zur Steigerung der Leistung und des Reinertrages aus der Rindviehhaltung“ gab. Einleitend wies Redner darauf hin, daß Deutschland sich selbst ernähren und daß die passiv Handelsbilanz sich in eine aktive verwandeln müsse. Das führe uns zu der Beantwortung der Frage, wie es mit der Rentabilität der Viehhaltung steht. Im allgemeinen nimmt man an, daß derjenige am meisten verdient, der kein Vieh halte. Die Bewirtschaftung größerer Flächen möge pro Hektar einen größeren Ertrag liefern, als es bei der Viehzucht zu ermöglichen sei. Es gebe aber auch Flächen, die nur

durch Viehhaltung genützt werden könnten. Auch müsse auf die Industriebevölkerung Rücksicht genommen werden, die zu ihrer Ernährung Lebensmittel bedürfen, die nicht weit transportiert werden könnten und deshalb aus der Nähe bezogen werden müßten. Deshalb müßten Mittel und Wege gesucht werden, um die nötige Viehhaltung ertragreicher zu gestalten. Diese seien die Erhaltung der Arbeitskräfte und Steigerung der Produktivität. Die Beschaffung von Arbeitskräften bietet ohnehin Schwierigkeiten und verursacht bedeutende Kosten. Die Steigerung der Produktivität wird durch die reichlichere Verwendung von Stalldünger ermöglicht. Unter demselben werden die Kleinlebewesen rege gehalten, die die sogenannte Bodengare entwickeln und aufrecht erhalten. Die Viehlose Wirtschaft, ist wohl auf eine Reihe von Jahren, nicht aber auf die Dauer möglich. Nicht gutes Ackerland soll in Weideland umgewandelt werden, ebenso vorhandene Weidelandereien. Um die Rindviehzucht rentabel zu machen, müssen die Futtermittel tunlichst billig beschafft werden. Das Wasser ist die natürliche Vorbedingung für die richtige Düngung. Aber auch die mäßige und richtige Verwendung von künstlichen Düngemitteln, Phosphorsäure, Kali, Kalk, Stickstoff wird sich durch den Mehrertrag bezahlt machen. Auch in der Auswahl der anzubauenden Futtermittel kann mancherlei für die rentable Viehhaltung erreicht werden. Der Anbau von Alee ist zu empfehlen. Mehr Masse an Futtermitteln wird durch den Anbau an Futterrüben erzielt, der noch viel zu wenig betrieben wird. Bei guter Bewirtschaftung können 500 Ztn. Rüben auf den Morgen erzielt werden. Die Wichtigkeit des Weidens bewies Redner durch einen Hinweis auf die Pferde. Wozu solle man Heu machen, da das Vieh sich das Futter selbst sucht, so werde diese Arbeit gespart, sodas das Heumachen eine Zeitversäumnis sei. Man solle früh austreiben. Wenn auch der Bezug von Kraftfuttermitteln nicht ganz zu verwerfen sei, so sollten wir uns doch darin soviel wie eben möglich, unabhängig vom Auslande machen; selbst erzeugen müsse das Viehmotiv sein und bleiben. Von größter Wichtigkeit sei auch die Zuchtungsfrage. Es sei eine alte Erfahrung, daß ein schlechtes Pferd ebensoviel frist wie ein gutes, während die Leistungen wesentlich zurück bleiben, deshalb solle jeder einsichtsvolle Landwirt dafür, daß er gute leistungsfähige Pferde habe. Mit dem Rindvieh sei es ebenso. Erst komme bei den Kühen die Leistung an Milch und dann erst die Form in Frage. Im Einzelfalle soll es ein Viehhalter auf 7000 Liter Milch von einem Tiere im Jahre gebracht haben. Ob Abmestwirtschaft oder Zucht betrieben werden soll, lasse sich für alle Fälle nicht endgültig entscheiden. In den meisten Fällen werde sich eine Verbindung beider Arten empfehlen. Nachdem der Redner sich noch mit der Errechnung des Ertrages beschäftigt hatte, schloß er mit der Mahnung für den Landwirt: Wer gut füttert und düngt, wird gut fahren. Es schloß sich eine lebhafte Besprechung an, die die verschiedensten Seiten der Praxis in der Landwirtschaft berührte.

Der zweite Punkt der Tagesordnung betraf die Errichtung eines Brandentschädigungsvereins für die Mitglieder des landwirtschaftlichen Kreisvereins. Es hat sich die Notwendigkeit einer Versicherung nach dem Umlageverfahren neben der eigentlichen Stammversicherung herausgestellt, wenn diese auch angemessen erhöht ist. Die Satzungen für einen Brandentschädigungsverein sind ausgearbeitet und wurden zur Kenntnis gebracht. Landrat Dr. Thomée wies darauf hin, daß die Provinzial-Feuersozietät ebenfalls eine solche Zusatzversicherung nach Umlageverfahren ins Leben gerufen habe, und gab zur Erwägung, ob sich ein Anschluß daran nicht empfehle, da die Versicherung auf breiten Schultern ruhe und deshalb besser ein Ausgleich stattfinden könne. Es entspann sich über die Angelegenheit eine sehr lebhafte Aussprache, die schließlich grundsätzlich zur Gründung eines Brand-Entschädigungsvereins innerhalb des Kreisvereins führte.

Kleine Nachrichten.

Drei Milliarden Aufwandschäden in Oberschlesien.

Berlin. Im Zusammenhang mit dem abehenden Abschluß der Vorkonferenz über die Regelung der Aufwandschäden in Oberschlesien verläutet an zuständiger Stelle, daß nach den bisherigen Berechnungen und Schätzungen der Gesamtschäden, den die drei polnischen Aufstände im ober-schlesischen Aufwandsgebiet hervorgerufen haben, auf 3 Milliarden Mark beziffert wird.

Neues Umrechnungsverhältnis im Auslandspostverkehr.

DA Berlin. Aus dem Reichspostministerium wird mitgeteilt, daß die weitere Verschlechterung des deutschen Markkurses die Postverwaltung gezwungen habe, bei der Gebührenerhebung im Auslandsverkehr und Telegrammverkehr das seit dem 10. März auf 50 Mark für den Goldfrank festgesetzte Umrechnungsverhältnis abermals, und zwar mit Wirkung vom 24. März d. J. an, auf 56 Mark zu erhöhen. Dieses Umrechnungsverhältnis ist jetzt auch für die Wertangabe auf Briefen und Paketen nach dem Auslande maßgebend.

Stilllegung der Daimlerwerke.

Unterföhrheim. Nachdem sich die Mehrheit der Arbeiter der Daimlerwerke in einer Abstimmung für Annahme der 48-Stundenarbeit erklärt hatte und die Direktion die Einführung dieser Arbeitszeit angefragt hatte, wurden die Arbeiter durch Streikposten am Betreten des Werkes gehindert; die Daimlerwerke liegen dadurch still.

Neue Unruhen in Kairo.

Paris. In Kairo kam es gelegentlich einer Paradeabnahme durch den neuen König Fuad I. zu heftigen Zusammenstößen zwischen der demonstrierenden Menge und der Polizei, die mit Steinen beworfen wurde. Die Straßenbahnen wurden von der Menge angegriffen und die darin befindlichen Europäer mißhandelt. Es wurden zahlreiche Personen verwundet.

Englische Furcht vor Frankreichs Luftwaffen.

London. Der Luftfahrtminister Guest brachte das Luftfahrtbudget ein. Er sagte, eine einzige Flugzeugabombe wäre imstande, das größte Schlachtschiff binnen weniger Minuten zum Sinken zu bringen. In Zukunft würden bei Angriffen vielleicht von 300 Flugzeugen Bomben von zehnmal größerem Gewicht als im letzten Kriege abgeworfen werden. Der Minister wies schließlich darauf hin, daß die Franzosen weit stärkere Luftstreitkräfte als England besäßen.

Die Zahl der Opfer in Südafrika.

Johannesburg. Die genaue Zahl der bei den letzten Unruhen ums Leben gekommenen Personen wird wahrscheinlich nie bekannt werden, da viele der Getöteten hinter der Front von den Aufständischen begraben wurden. Eine ganze Anzahl von Männern, Frauen und Kindern wird vermisst.

